

## Information über Beschluss mit zusätzlich notwendigen Bedarfen

Referat: IT-Referat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA-I-A3	betroffene Referate: Alle Referate
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: RIT
Arbeitstitel geplanter Beschluss: <b>Geschlechtsangabe in Fachanwendungen</b>		

### 1. Aufgabe

#### 1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur 3. Geschlechtsoption wurde eine Änderung der AGAM unter Punkt „1.2.4 Personenbezeichnungen“ notwendig. Zukünftig müssen in städtischen Formularen, in denen das Geschlecht abgefragt wird, vier Kategorien männlich/weiblich/divers/ohne Angabe sowie angepasste Anreden angeboten werden.

Diese Regelung hat auch Auswirkungen auf die städtischen Fachverfahren und deren Umsetzung durch IT-Lösungen.

Daraus ergeben sich die folgenden Aufgabenstellungen:

Aufgabenstellung 1: Grobe fachliche Konzeption der Anforderungen anwendungsübergreifend.

Von den über 1.000 Fachverfahren der LHM arbeiten knapp die Hälfte mit personenbezogenen Daten. Aus vorangegangenen Analysen der Anwendungslandschaft ist bekannt, welche dies sind. Bisherige Analysen (Unicode und DSGVO) untersuchten jedoch nicht genderspezifisch.

Aufgabenstellung 2: Analyse der personenbezogenen Fachverfahren auf den Umgang mit geschlechtsspezifischen Merkmalen.

Diese Analyse hat als Fokus nach außen, in Anschreiben und im Web, die richtige Anrede zu ermöglichen. Aber auch Textbausteine, Datenmodell und Fachlogik können relevant sein. Im Ergebnis sind dadurch die zu ertüchtigenden Fachverfahren identifiziert.

Aufgabenstellung 3: Priorisierung der zu ertüchtigenden Anwendungen und sukzessive Umsetzung der Anforderungen.

Die zur Anpassung identifizierten Anwendungen werden priorisiert. Die erforderlichen Anpassungen werden über die IT-Projektportfolioplanung eingeplant.

#### Nutzen

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie die in der AGAM enthaltenen Detaillierungen werden eingehalten.

#### 1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

#### 1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich / qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	--	--

kurze Erläuterung:  
AGAM-Änderung

Bei Personalmehrbedarf:

Erforderliche Personalbedarfsermittlung gem. Leitfaden ist erfolgt?  ja  nein

**1.4 Bereits eingesetzte Personalkapazitäten und Haushaltsmittel**

Konsumtive Auszahlungen (nur Personal):	0 €
Personalkapazitäten in VZÄ:	0 VZÄ

Konsumtive Auszahlungen (ohne Personal):

**1.5 Refinanzierung/Kompensation**

Refinanzierung (siehe Nr. 4)	Kompensation (siehe Nr. 5)
------------------------------	----------------------------

**2. Finanzielle Auswirkungen**

<b>2.1 Zahlungen gesamt</b>	<b>2023 - 2027</b>
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	3.900.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €

<b>2.2 konsumtiv</b>	<b>Planjahr 2023</b>
2.2.1 Einzahlungen	<b>0 €</b>
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	
2.2.2 Auszahlungen	<b>1.250.000 €</b>
2.2.2.1 Personalauszahlungen	
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	1.250.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	
2.2.2.4 Transferauszahlungen	
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	
<b>2.3 investiv</b>	<b>Planjahr 2023</b>
2.3.1 Einzahlungen	<b>0 €</b>
2.3.1.1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	
2.3.1.2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u.ä.	
2.3.1.3 Einzahlungen aus der Veräußerung v. Sachvermögen	
2.3.1.4 Einzahlungen aus der Veräußerung v. Finanzvermögen	
2.3.1.5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	
2.3.2 Auszahlungen	<b>0 €</b>
2.3.2.1 Auszahlungen für den Erwerb v. Grundst. und Gebäuden	
2.3.2.2 Auszahlungen für Baumaßnahmen	
2.3.2.3 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachvermögen	
2.3.2.4 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	
2.3.2.5 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	
2.3.2.6 Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	

**3. zusätzlicher Büroraumbedarf**

3.1 Kann der geltend gemachte Personalbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

Ja Nein Teilweise 

3.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der zusätzlich angemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

**4. Refinanzierung**

4.1 des geltend gemachten Personalbedarfs:

Art:

Höhe in %:

4.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

**5. Kompensation (nur zu 100 %)**

5.1 des geltend gemachten Personalbedarfs:

bei Produkt (Nr. + Bezeichnung):

5.1 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

bei Produkt (Nr. + Bezeichnung):